

Petersberger - Info

DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg

Juni 2019

CDU und CWE geben Widerstand auf

Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft

Am 23. Mai hat die Gemeindevertretung Petersberg der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zugestimmt.

Nachdem sich CDU und CWE ein Jahr lang geweigert haben einer Abschaffung zuzustimmen, haben sie nun endlich ihren Widerstand aufgegeben. In der Sitzung der Gemeindevertreter am 23. Mai stimmten alle Fraktionen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu und forderten den Gemeindevorstand auf, eine Aufhebungssatzung vorzulegen.

Einigkeit bestand außerdem bei allen Fraktionen darüber, dass die Straßenbeiträge rückwirkend zum Juni 2018 abgeschafft werden sollen.

Damit werden auch die Anlieger der Straße Am Felsenkeller im Ortsteil Petersberg sowie die Anlieger im Ortsteil Marbach, in deren Straßen im letzten Jahr Straßenlampen erneuert wurden, von den Straßenausbaubeiträgen befreit.

Allerdings hat die CDU ihre Zustimmung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an eine Erhöhung der Grundsteuer B um 44 Hebesatzpunkte ab dem 01.01.2020 gekoppelt.

Sie war die einzige Fraktion, die eine Steuererhöhung als Ausgleich für die entfallenden Einnahmen in Höhe von ca. 275000 Euro für notwendig hielt.

DIE LINKE. Offene Liste hatte vorgeschlagen, die Ersparnis durch die zum 31.12.2019 auslaufende erhöhte Gewerbesteuerumlage für die Gegenfinanzierung zu verwenden und den Rest aus dem Haushaltsüberschuss zu nehmen.

Die Abschaffung der erhöhten Gewerbesteuerumlage wäre nach unserer Auffassung geradezu prädestiniert die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu ersetzen. Handelt es sich hierbei doch um Zahlungen, die die hessischen Kommunen bisher zugunsten des Straßenausbaus in den neuen Bundesländern bereitgestellt haben.

Nur wenige Tage nach der von der CDU gegen alle anderen Fraktionen durchgesetzten Erhöhung der Grundsteuer B hat die schwarz/grüne Landesregierung bekanntgegeben, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage zum 31.12.2019 wegfällt. Trotz der neuen Heimatzulage stehen der Gemeinde dadurch schätzungsweise 200.000,- Euro nicht eingeplante Mittel zusätzlich zur Verfügung.

Übergangsregelung ist noch offen

Die Gemeindevertretung hat den Gemeindevorstand beauftragt einen Vorschlag für eine Übergangsregelung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zur erarbeiten.

LINKE. Offene Liste und die CWE haben in der letzten Sitzung der Gemeindevertreter beantragt, dass der Gemeindevorstand zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab 7.6.2018 eine Übergangsregelung erarbeiten soll.

Insbesondere für Bürgerinnen und Bürger, die kurz vor und ggf. nach diesem Datum noch hohe Beiträge zahlen mussten bzw. müssen, halten wir eine Übergangsregelung für notwendig

Aus dem Inhalt:

Seite 2

- Steuererhöhung nicht notwendig

Seite 3

- Petersberger Finanzen
- Entmündigung der Kommunen

Seite 4

- Erfolg der Bürgerinitiativen
- Erschließungsbeiträge

Steuererhöhung nicht notwendig

Die von der von der CDU beschlossenen Steuererhöhung, erweist sich als unnötig.

Nur wenige Tage nach der von der CDU gegen alle anderen Fraktionen durchgesetzten Erhöhung der Grundsteuer B hat die schwarz/grüne Landesregierung ihre Finanzplanung auf den Tisch gelegt.

Ende 2019 laufen die Regelungen zur erhöhten Gewerbesteuerumlage aus, die alle hessischen Gemeinden seit 1995 für den Aufbau Ost an das Land Hessen zahlen mussten.

Allerdings wird die Gemeinde Petersberg ab 2020 nicht über den ganzen Betrag verfügen können, weil die Landesregierung nun eine Heimatumlage mit einem Gesamtvolumen von 400 Millionen Euro von den Kommunen kassieren möchte.

Aber immerhin sollen nach diesem Gesetzentwurf die hessischen Gemeinden davon 100 Millionen Euro direkt behalten dürfen, zusätzlich wird die Finanzausgleichsmasse um 100 Millionen Euro aufgestockt.

200 Millionen Euro der Heimatumlage werden für verschiedene Förderprogramme bereitgestellt. Demnach kann Petersberg bereits ohne die Förderprogramme mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von ca. 200.000 Euro rechnen.

Damit wird die Begründung der CDU für eine Steuererhöhung klar widerlegt. Wir fordern den Beschluss zur Steuererhöhung zurückzunehmen.

Auszüge unseres Vorschlages zur Finanzierung. Er wurde durch die CDU Mehrheit abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt zur Finanzierung bei einem Wegfall der Straßenausbaubeiträge folgende Haushaltsgrundsätze:

Die geringeren Zahlungen aus dem Wegfall bzw. der Reduzierung der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2020 werden zu 100 Prozent als Ausgleich für die wegfallenden Ausbaubeiträge der Bürgerinnen und Bürger verwendet.

Die evtl. darüber hinaus notwendige Finanzierung erfolgt über die Steuereinnahmen und Erträge aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen der Gemeinde. Diese sind insbesondere durch Steuererhöhungen im Jahr 2017 derzeit ausreichend um die Straßenausbaubeiträge ohne eine Steuererhöhung zu finanzieren.

Um die Abschaffung der Straßenbeiträge langfristig finanziell abzusichern, ist ein Teil des hohen Zahlungsmittelbestandes (Zahlungsmittelbestand am 31.12.2018: 14,5 Mio. Euro) für die grundhafte Erneuerung der Gemeindestraßen vorzuhalten. Die Höhe des Betrages wird jährlich im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse festgelegt.

Begründung:

Nach § 6 Absatz 3 Satz 3 des Gemeindereformgesetzes wird der Landesvervielfältiger ab dem Jahr 2020 um 29 Prozentpunkte abgesenkt. Damit würde die Gemeinde um Zahlungen in Höhe von 470.000,- Euro entlastet.

Selbst wenn die Initiative des hessischen Ministerpräsidenten, den Vervielfältiger nur um 9 Prozentpunkte zu senken, Erfolg hätte, würde die Gemeinde immer noch um 146.000,- Euro entlastet. Sollte die derzeitige Gesetzeslage bestehen bleiben, wären die ausfallenden Ausbaubeiträge (nach letzten Angaben der Gemeinde – jährlich 275.000,- Euro) trotz höherer Umlagen zum großen Teil finanziert.

Sollten die Mittel nicht ausreichen, erfolgt die Finanzierung aus den laufenden Erträgen der Gemeinde

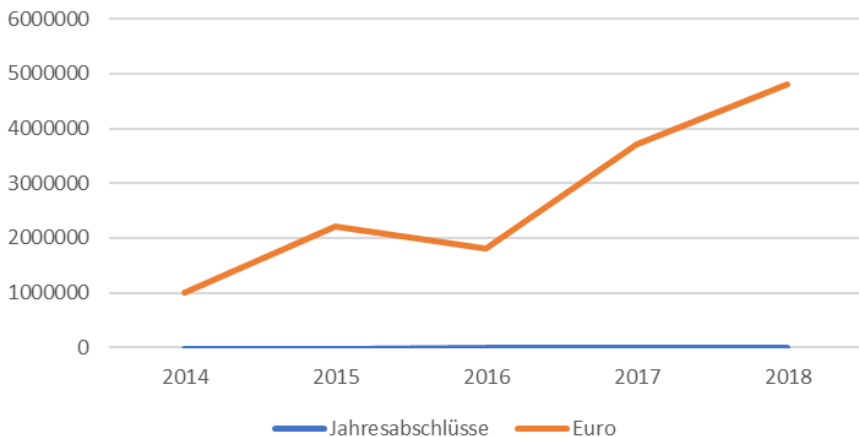
Jahresüberschüsse der Gemeinde
in 2014: 1.026.227 EUR;
in 2015: 2.237.318 EUR;
in 2016: 1.827.318 EUR).

Nach der erheblichen Steuererhöhung im Jahr 2017 ist der Jahresüberschuss im gleichen Jahr auf 3.709.327 EUR gestiegen. Alleine die Anhebung der Grundsteuer B im Jahr 2017, führt zu jährlichen Mehreinnahmen von 750.000,- Euro und kann für die ausfallenden Ausbaubeiträge verwendet werden.

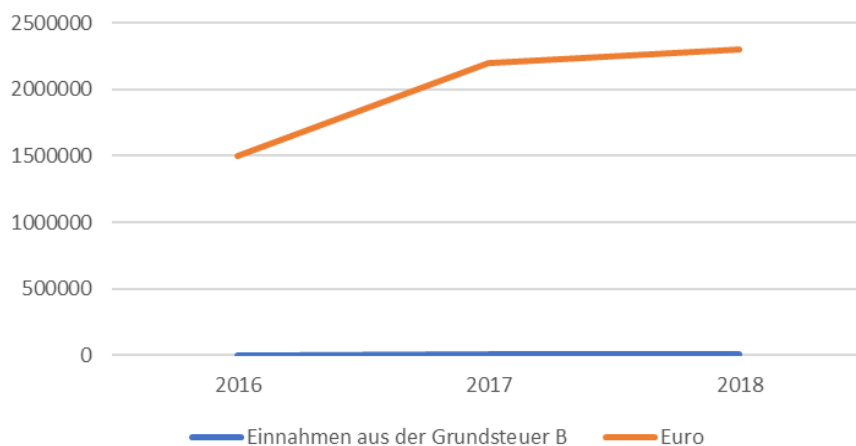
Durch die Erhöhung der Gemeindesteuern im Jahr 2017 und die gute allgemeine Steuerentwicklung sind die Steuereinnahmen der Gemeinde Petersberg gegenüber dem Vorjahr von 14.654.152 auf 17.868.985 Euro, also um 22 Prozent gestiegen. Auch die Annahmen und Orientierungsdaten des Finanzplanungserlasses 2019 des hessischen Ministeriums des Inneren lassen für die kommenden Jahre weiter stabile Einnahmen erwarten. Eine Steuererhöhung zur Finanzierung der ausfallenden Ausbaubeiträge ist daher nicht notwendig.

Finanzsituation der Gemeinde Petersberg ist sehr gut

Jahresabschlüsse der Gemeinde Petersberg



Einnahmen aus der Grundsteuer B



Der Haushalt 2018 der Gemeinde Petersberg schließt mit einem erneuten Rekordüberschuss von fast 5 Millionen Euro ab.

Nach der Steuererhöhung im Jahr 2017 erreichte das Jahresergebnis bereits einen Rekordüberschuss von 3,7 Millionen Euro. 2018 wird das Ergebnis nochmals um über 1 Million Euro übertroffen.

Ab dem Jahr 2020 erhält die Gemeinde einen Teil der ehemaligen erhöhten Gewerbesteuerumlage vom Land erstattet. Das macht eine jährliche zusätzliche Einnahme in Höhe von ca. 200.000,- Euro aus.

Warum die Petersberger CDU trotzdem an dieser weiteren Steuererhöhung festhält bleibt ihr Geheimnis.

Die Steuererhöhung ist unnötig und nicht vermittelbar.

Landeregierung entmündigt Kommunen

Unsere Pressemitteilung zum Beschluss der Landesregierung zur Finanzierung der Kommunen:

„Das von der schwarz/grünen hessischen Landesregierung angekündigte Programm „Starke Heimat Hessen“ sei eine Mogelpackung, so Michael Wahl, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN.Offenen Liste in der Gemeindevertretung Petersberg.

Die Finanzierung über die erhöhte Gewerbesteuerumlage (jetzt Heimatzulage genannt) sei eine Entmündigung der Kommunen.

Jahrelang habe die Gemeinde Petersberg dem Land für den Aufbau Ost, jährlich ca. 500.000 Euro bereitgestellt.

Ab 01.01.2020 wird das Land von der Verpflichtung des Solidarpaktes entbunden. Statt das Geld nun in den Kommunen zu lassen, kassiert das Land diese Mittel in Gänze und will den Kommunen vorschreiben was sie mit diesen Mittel zu machen haben, teilweise sollen die Mittel sogar für Landesaufgaben verwendet werden.

Gerade mal 25 Prozent will das Land den Kommunen zur freien Verfügung zurückgeben.

Weitere 25 Prozent sollen in den Finanzausgleich kommen, was zu höheren Schlüsselzuweisungen führt.

Für Petersberg bedeutet dies dennoch höhere Einnahmen von mehr als 200.000,- Euro pro Jahr.

Die Gemeinde hatte die Mittel der erhöhten Gewerbesteuerumlage, auf Anweisung der Landesregierung, nicht eingeplant. In Anbetracht dieser Mehreinnahmen und der gut gefüllten Gemeindekasse lässt sich die von der CDU beschlossene Erhöhung der Grundsteuer B nicht mehr rechtfertigen.“

Erfolg der Bürgerinitiativen

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der Gemeinde ist vor allem dem Engagement der Bürgerinitiativen zu verdanken.

Wir möchten an dieser Stelle bei den Bürgerinitiativen und den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich eingebracht haben, gratulieren. Was sie geleistet haben, ist gelebte Demokratie. So wünschen wir uns Kommunalarbeit. Die gesamte Gemeindevertretung sollte stolz auf unsere Bürgerinnen und Bürger sein und sollte Danke sagen.

Es hat sich auch gezeigt, dass man sich mit Sachverstand und vielfältigen kreativen Aktionen auch außerhalb der Parlamente Gehör verschaffen und Einfluss auf Entscheidungen nehmen kann.

Nach vielen Kundgebungen, einer Mahnwache, etlichen politischen Gesprächen, Presseerklärungen und Initiativen ist es nun nach einem Jahr geschafft: Die Straßenbeiträge werden auch in Petersberg abgeschafft.

Zur Historie:

Im letzten Frühjahr baten uns mehrere Bürger, die von der Gemeinde über bevorstehende Straßensanierungen informiert worden waren, um Unterstützung.

Nach der gültigen Straßenbeitragssatzung waren sie zur Beteiligung an den Kosten verpflichtet. 15.000,- Euro und mehr kamen auf einzelne Grundstückseigentümer zu.

Insbesondere viele ältere Bürger sahen sich kaum in der Lage, diese Summen aufzubringen.

Aber auch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in anderen Bundesländern wie Hamburg, Berlin und Bayern sorgte für Unmut. Es könne nicht sein, dass die Bürger aus Hessen zahlen müssen, während in anderen Bundesländern die Straßenbeiträge abgeschafft sind, meinten die Betroffenen.

Auch der Umstand, dass mehrere hessische Kommunen die Beiträge abgeschafft bzw. nie eingeführt haben, sorgte für Unverständnis.

Deshalb hat DIE LINKE. Offene Liste die Bürger am 20. April letzten Jahres zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Straßenbeiträge eingeladen. Ein Vertreter der hessischen Initiativen für die Abschaffung der Straßenbeiträge informierte über den Stand der aktuellen Entwicklung. Nach dieser Veranstaltung kam es zur Gründung der Petersberger Bürgerinitiative.

Ihrem Sprecher gebührt besonderer Dank. Er organisierte die enge Zusammenarbeit aller Bürgerinitiativen im Landkreis Fulda. Durch die abgestimmten Aktivitäten wurden letztendlich auch im Landkreis Fulda in den ersten Kommunen die Straßenbeiträge abgeschafft.

Mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge werden nun viele Bürgerinnen und Bürger aufatmen. Wie bei Bundes-, Land- und Kreisstraßen wird nun auch die Sanierung der Gemeindestraßen aus den allgemeinen Steuern finanziert.

Erschließungskosten werden weiter erhoben

Bei erstmaliger Erschließung einer Gemeindestraße findet weiterhin die Erschließungsbeitragssatzung der Gemeinde Anwendung.

Die Satzung kommt überwiegend bei der Erschließung von Neubaugebieten zur Anwendung.

In ihr ist geregelt, dass die Gemeinde zehn Prozent der Kosten für den Straßenausbau übernimmt.

Neben den Erschließungskosten für die Straße entstehen noch weitere Erschließungskosten. Für Wasser und Abwasser müssen alle Kosten durch die Bauherren übernommen werden.

Die Beibehaltung der Erschließungsbeitragssatzung ist unstrittig, dient sie doch der erstmaligen Erschließung der Grundstücke.

Für Anregungen und Kritik sind wir immer dankbar. Bitte wenden sie sich direkt an uns:

Michael Wahl
Tel. 0661 64141
Martina Rahn
Tel. 0661 606186
oder an die unten genannte
E-Mail Adresse.

**DIE LINKE. Offene Liste
in der Gemeindevertretung
Petersberg**

**Vors.
Michael Wahl
Kirschgrund 3
36100 Petersberg**

**michaelwahl@t-online.de
www.linke-kreis-fulda.de**